

# Afrika im Fadenkreuz

## Vom vergessenen Kontinent zum Objekt der Begierde

Von Jürgen Wagner

Während der afrikanische Kontinent jahrelang stiefmütterlich behandelt wurde,<sup>1</sup> zeichnet sich seit einiger Zeit ein Strategiewandel ab – insbesondere in der amerikanischen Debatte. Man könne es sich „nicht mehr länger erlauben, dass Afrika am Ende der außenpolitischen To-Do-Liste steht“, schreibt die „International Herald Tribune“.<sup>2</sup> Der ehemalige US-Botschafter in Nigeria, Princeton Lyman, benennt die hierfür ausschlaggebenden Faktoren: „In einer sich verändernden Welt kommt Afrika eine neue Bedeutung hinsichtlich für Amerika relevanter Fragen wie Energie, Terrorismus und Handel zu.“<sup>3</sup>

Diese Triade – Energie, Terrorismus, Handel – steht im Mittelpunkt der neo-liberalen Wirtschaftsinteressen am afrikanischen Kontinent. Diesen auch militärisch Geltung zu verschaffen, markiert für den Professor am Naval College und Pentagon-Berater Thomas P. Barnett einen „historischen Wendepunkt – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreift.“<sup>4</sup> Aus Sicht Barnetts ist die in Afrika zu beobachtende Konfliktkonstellation prototypisch für sicherheitsrelevante Probleme der Globalisierung, die künftig den frühzeitigen Einsatz amerikanischer Truppen erfordern werden. Seine Überlegungen geraten damit zur Blaupause für die gegenwärtigen Bemühungen der US-Administration, die neoliberale Globalisierung mit der Globalisierung des amerikanischen Interventionismus zu koppeln und zu diesem Zweck die US-Streitkräfte entschieden umzustrukturieren – wie nicht nur der Krieg im Irak, sondern auch und gerade das Beispiel Afrikas zeigt.

### *Öl als Katalysator des Strategiewandels*

Aufgrund der wirtschaftlichen, militärischen und strategischen Bedeutung ölreicher Gebiete und angesichts schwindender weltweiter Vorräte stellt deren Kontrolle ein zentrales Interesse amerikanischer Außenpolitik dar.

1 Noch im Jahr 2000 hatte Afrika für George W. Bush „nichts mit den strategischen nationalen Interessen“ zu tun, vgl. Adam M. Smith, *At Last unto the Breach: The Logic of a U.S. Military Command in West Africa*, in: „Orbis“, Spring 2004, S. 305-319, hier: S. 305.

2 Richard W. Stevenson, *Bush visit to Africa takes on a new cast*, in: „International Herald Tribune“ (IHT), 7.7.2003.

3 *Africa is rising on US foreign policy horizon*, in: „Alexander's Oil and Gas Connections, News & Trends: North America“, 23/2003, 27.11.2003.

4 Thomas P. M. Barnett, *Die neue Weltkarte des Pentagon*, in: „Blätter“, 5/2003, S. 554-564.

Nachdem in Westafrika große Erdölvorräte entdeckt wurden – Schätzungen bewegen sich zwischen 40 und 100 Mrd. Barrel, letzteres wäre in etwa so viel wie im Irak –, kommt der Region inzwischen eine erhebliche Bedeutung zu. So gab der Nationale Geheimdienst der USA das strategische Ziel aus, im Jahr 2015 rund 25 statt der gegenwärtigen 16 Prozent des US-amerikanischen Öl-Bedarfs durch Importe aus Afrika decken zu wollen.<sup>5</sup> Auch die unter Aufsicht von Vizepräsident Dick Cheney verfasste „Nationale Energiepolitik“ geht davon aus, dass „Westafrika eine der am schnellsten wachsenden Öl- und Gasquellen für den amerikanischen Markt darstellen wird.“<sup>6</sup>

Bereits im Januar 2002 wurde auf einer Konferenz des *Institute for Advanced Strategic & Political Studies* (IASPS) unter der Überschrift „Afrikanisches Öl: Eine Priorität für die nationale Sicherheit Amerikas und die Entwicklung Afrikas“ die Notwendigkeit eines umfangreichen amerikanischen Engagements in der Region betont. Da es weltweit nur noch wenig Öl zu entdecken (und damit zu kontrollieren) gibt, ist Westafrika von besonderem Interesse, wie der Kongressabgeordnete William Jefferson hervorhob: „Im letzten Jahr wurden weltweit acht Milliarden [Barrel] Öl gefunden, sieben davon lagen vor der Küste Westafrikas.“<sup>7</sup> Zudem ist westafrikanisches Öl von hoher Qualität und benötigt nur zwei statt wie vom Persischen Golf sechs Wochen, um in die USA verschifft zu werden. Hinzu kommt, dass sich der Seeweg von der US-Navy sehr gut kontrollieren lässt.

Was liegt also näher, als diesem wirtschaftlich-strategischen Interesse durch amerikanische Truppen vor Ort Nachdruck zu verleihen – zumal dieses Öl einen wichtigen Beitrag zur Schwächung der OPEC und zur Reduzierung der amerikanischen Abhängigkeit vom Persischen Golf leisten könnte, beides Ziele, die spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 ganz oben auf Washingtons Prioritätenlisten stehen.

### *Afrikas Öl – Waffe gegen die OPEC*

Derzeit sehen sich die USA dem Problem ausgesetzt, dass ihre schwindenden heimischen Ölvorräte zu einer rapide wachsenden Abhängigkeit von Importöl führen. Gleichzeitig liegt der Löwenanteil der verbliebenen Weltölrreserven in Staaten, die sich in der OPEC organisiert haben, weshalb diese Länder inzwischen über einen immer stärkeren Einfluss auf den Weltölmarkt verfügen. Da es sich, insbesondere im Mittleren Osten, um alles andere als US-freundliche Staaten handelt, stellen diese somit eine Bedrohung für die Versorgungssicherheit der USA dar und schädigen durch ihre Präferenz für hohe Ölpreise die amerikanische Wirtschaft. Schon länger versucht Washington deshalb, Öl aus Nicht-OPEC-Quellen zu erschließen, um den Einfluss des Kartells zu konterkarieren und die Abhängigkeit vom instabilen Persischen

5 Johannes Dieterich, George W. Bush – Fünf Tage im Herz der Finsternis, in: FTD, 8.7.2003; Suraya Dadoo, When Uncle Sam Comes Calling in Africa, in: „Media Review“, 30.4.2003.

6 Report of the National Energy Policy Development Group, May 2001, S. 8-11.

7 Paul Wihbey und Barry Schutz (Hg.), African Oil: A Priority for U. S. National Security and African Development, IASPS Research Papers in Strategy, 14/2002, S. 22.

Golf zu reduzieren. Neben der kaspischen Region spielt in diesen Bestrebungen Westafrika eine zunehmend wichtigere Rolle, denn im Gegensatz zur OPEC befürchtet Washington von den westafrikanischen Staaten keine Embargodrohungen.

Außerhalb der OPEC-Quoten gefördertes afrikanisches Öl soll zudem helfen, den Ölpreis dauerhaft zu senken, was auf einer Konferenz des US-Außenministeriums offen ausgesprochen wurde: „Westafrika ist die aussteuernde Produktionsregion, die es den Ölfirmen erlaubt, ihre Produktionskapazitäten anzuheben, um die weltweit fluktuierende Nachfrage zu befriedigen.“<sup>8</sup> Genau diese Fähigkeit soll Versuchen der OPEC entgegenwirken, über Lieferkürzungen den Ölpreis anzuheben.

Was hierfür notwendig ist, erläutert Roger Divan von der Fachzeitschrift „Petroleum Finance“: „Es gibt eine lang angelegte Strategie der US-Regierung, die Marktmacht der OPEC zu schwächen und ein Weg hierzu ist es, bestimmte Länder herauszulösen.“ Westafrika ist hierfür bestens geeignet, „denn große Mengen der neuen afrikanischen Ölproduktion werden nicht durch irgendwelche Kartellquoten eingeschränkt. [...] Gabun war OPEC-Mitglied, trat aber 1995 aus, und Nigeria zieht einen Austritt in Betracht, ein Schritt, der, wie Analysten glauben, den Einfluss der Organisation auf den Weltmarkt erheblich verringern würde.“<sup>9</sup> Berichten zufolge üben die USA enormen Druck auf Nigeria aus, aus dem Kartell auszutreten.<sup>10</sup> Eine Militärpräsenz vor Ort dürfte diesem Wunsch den nötigen Rückenwind verleihen.

### *Militärische Versorgungssicherung*

Offenbar beabsichtigt das Pentagon tatsächlich, trotz der umfangreichen Truppenstationierungen in Afghanistan und im Irak, zahlreiche Militärbasen in Westafrika zu errichten. Die gewöhnlich gut unterrichtete private Nachrichtenagentur „Strategic Forecast“ (Stratfor) berichtete hierzu im September vergangenen Jahres: „Die US-Regierung treibt Pläne voran, ihren militärischen Zugang zu und ihre Präsenz in Westafrika auszubauen.“ Laut Stratfor läge US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bereits ein Planungsentwurf vor. Mit Kamerun, Äquatorial Guinea und Gabun seien bereits konkrete Ergebnisse erzielt worden, Gespräche mit Benin, der Elfenbeinküste, São Tomé und Príncipe sowie Nigeria seien noch im Gange. Die Ausweitung der Präsenz solle in zwei Phasen ablaufen: Auf die Errichtung von Militärbasen in den Anrainerstaaten der Bucht von Guinea werde anschließend, entsprechend dem Muster am Persischen Golf, eine Positionierung von Militärgerät und Versorgungsmaterial in der Region erfolgen.<sup>11</sup>

Hiermit will sich Washington in die Lage versetzen, rasch auf ungewünschte Entwicklungen reagieren zu können und gegebenenfalls für den Schutz der

8 Wihbey/Schutz, a.a.O., S. 2.

9 James Dao, Oil puts Africa in spotlight, in: IHT, 20.9.2002.

10 Michael C. Ruppert, Saudi Arabia, West Africa – Next Stops in the Infinite War for Oil, From the Wilderness, 15.5.2003.

11 West Africa: Will U.S. Military Presence Reshape Political Landscape? Strategic Forecast, 17.9.2003.

Ölvorkommen zu sorgen. Zusätzlich gab die Bush-Administration der *Military Professional Resources Inc.*, einer von ehemaligen amerikanischen Topmilitärs geleiteten Privatfirma, ihr Einverständnis, die mit der Bewachung außerhalb der Küste gelegener Ölinstallation betrauten Sicherheitskräfte Guineas zu trainieren.<sup>12</sup> Da das Pentagon es normalerweise bevorzugt, die direkte Kontrolle in strategisch wichtigen Gebieten auszuüben, verwundert es nicht, dass der Ruf nach militärischer Dauerpräsenz immer lauter wird.

Offen ist derzeit, welches US-Regionalkommando hierzu künftig beauftragt werden wird. So fällt Afrika im Wesentlichen in den Zuständigkeitsbereich des European Command (EUCOM). Einzige Ausnahme ist das Horn von Afrika, an dem bereits 1 800 US-Soldaten stationiert sind und für das das Central Command (CENTCOM) verantwortlich ist. Derzeit wird überlegt, diese Aufgabenteilung zu beenden und Afrika vollständig einem US-Regionalkommando zu unterstellen. So schlägt die Bush-nahe Heritage Foundation in einer Studie die Integration Afrikas in das CENTCOM vor, das bereits mit der militärischen Kontrolle der ölreichen Länder des Mittleren Ostens und Zentralasiens beauftragt ist. Das neue Unterkommando solle „entlang dem Vorbild des US Southern Command aufgebaut werden, das das militärische Engagement in Lateinamerika regelt.“<sup>13</sup> Weiter fordert die Studie, „bereit für direkte Interventionen in Afrika zu sein, falls vitale US-Interessen gefährdet sind“ und „die militärische Unterstützung afrikanischer Demokratien in Friedenszeiten“ zu verbessern. Mit letzterem wurde im Rahmen verschiedener Antiterrorprogramme bereits begonnen.<sup>14</sup>

### *„Reif für den Terror“*

Dies führt zum zweiten Faktor, aufgrund dessen Amerika sein militärisches Engagement ausweiten müsse: Die große Anzahl gescheiterter Staaten und die dort herrschende Armut würden aus Afrika eine „Brutstätte des Terrorismus“ und ein potenzielles Rückzugsgebiet für Al Qaida machen, weshalb dem Kontinent auch sicherheitspolitisch über das Öl hinaus Bedeutung zukomme.<sup>15</sup> „Afrika ist reif für den Terror,“ so die Schlussfolgerung des US-Militärstrategen Vincent Kern.<sup>16</sup>

Tatsächlich bergen zahlreiche Konflikte in einer ganzen Reihe von Ländern Westafrikas erhebliches Eskalationspotenzial – und stellen eine Bedrohung für die Stabilität der Region und damit für Washingtons Ölinteressen dar.<sup>17</sup> Besondere Bedeutung kommt dabei Nigeria zu, das nicht nur der fünftgrößte Ölversorger der Vereinigten Staaten ist, sondern auch über einen großen

12 Dad, a.a.O.

13 James Jay Carafano, U.S. Military Assistance for Africa: A Better Solution, „The Heritage Foundation Backgrounder“, 1697, 15.10.2003, S. 7.

14 Princeton N. Lyman und Stephen J. Morrison, The Terrorist Threat in Africa, in: „Foreign Affairs“, 1/2004, S. 75-86, S. 77.

15 Lisa D. Cook, The Next Battleground in the Terror War, in: „Hoover Digest“, 1/2004.

16 Dominic Johnson, Afrika rückt ins internationale Blickfeld, in: „Das Parlament“, 1.3.2004.

17 Einen Überblick gibt Richard Reeve, Focus on West African instability shifts to Guinea, in: „Jane's Intelligence Review“, 2/2004, S. 12-19.

muslimischen Bevölkerungsanteil verfügt und politisch extrem instabil ist. Nachdem im März und April 2003 Auseinandersetzungen im Nigerdelta die Ölproduktion unterbrachen, wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, aus Gründen der Versorgungssicherheit solchen unwillkommenen Ereignissen künftig vorbeugen zu müssen.<sup>18</sup> Auffällig ist dabei wieder einmal, wie eng der „Kampf gegen den Terror“ und die Wahrung amerikanischer (Öl)Interessen zusammenhängen: „Die Bedeutung der US-Ölproduktion in der Bucht von Guinea erfordert es, eine Strategie zu entwickeln, um diese Produktion vor Terrorismus zu schützen“, gibt Senator Ed Royce unumwunden zu.<sup>19</sup>

### *Liberia und künftige Interventionen „in der Lücke“*

Eigentlich wäre angesichts der amerikanischen Interessenkonstellation zu erwarten gewesen, dass die Bush-Administration bereits jene Gelegenheit beim Schopf greift, die sich im Juli 2003 mit der Krise in Liberia bot, um sich mit einem humanitär verbrämten Einmarsch in Westafrika festzusetzen. Tatsächlich forderten dies zahlreiche Bush-nahe Magazine.<sup>20</sup> Auffällig ist, dass diese Forderung direkt aus Thomas Barnetts sicherheitspolitischer Bedrohungsanalyse abgeleitet wurde. Exemplarisch hierfür steht ein Artikel in der „National Review“: „Der wichtigste Grund, eine Intervention in Liberia in Betracht zu ziehen, ist kein humanitärer, sondern ein strategischer. Liberia befindet sich im Zentrum dessen, was Thomas Barnett die ‚nichtintegrierte Lücke‘ nennt, die Gegend, die sich vom südwestlichen Pazifik bis hin zu Teilen Lateinamerikas erstreckt und die gegenüber der Globalisierung am widerständigsten ist. [...] Ein stabiles, demokratisches, den USA zugewandtes Liberia könnte als eine wichtige Vorwärtsbasis zur Verteidigung amerikanischer Interessen dienen und die regionale Stabilität fördern. [...] Liberia befindet sich außerdem an den Seefahrtswegen der aus Nigeria kommenden Energieressourcen (das bereits ein zentraler Ölversorger der USA ist) und des unerschlossenen Potenzials künftiger Energieversorgung aus São Tomé und Príncipe.“<sup>21</sup>

Dass die Bush-Administration diese Gelegenheit nicht in vollem Ausmaß wahrnahm, sondern, zumindest vordergründig, Nigeria den Vortritt überließ, dürfte wohl primär der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass das US-Militär auf Grund der Einsätze in Afghanistan und dem Irak ohnehin schon überstrapaziert ist. Dennoch wurden im Zuge der Krise 4 300 Soldaten in der Nähe Liberias stationiert, die jederzeit hätten eingreifen können, falls die Ereignisse einen aus Sicht der Vereinigten Staaten unerwünschten Verlauf genommen hätten. Auch wenn die Stationierung personell und zeitlich begrenzt war, gab Washington damit ein eindeutiges Signal seines Willens, künftig bei einer Gefährdung seiner Interessen in Afrika militärisch zu intervenieren.<sup>22</sup>

18 Esther J. Cesarz u.a., Alienation and Militancy in Nigeria's Niger Delta, in: „CSIS Africa Notes“, 16/2003; Princeton N. Lyman und Stephen J. Morrison, a.a.O., S. 81.

19 Wihbey/Schutz, a.a.O., S. 22.

20 Vgl. Joseph Siegle, Liberate Liberia, in: „Wall Street Journal“, 11.7.2003.

21 James S. Robbins, The Liberian Opportunity, in: „National Review“, 8.8.2003; vgl. ähnlich Martin Sieff, The Liberian Gambit, in: „In the National Interest“, 27/2003.

*Die USA als „Systemadministrator“*

Die neue Afrikapolitik der US-Regierung entspricht damit Thomas Barnetts zentraler Forderung, sicherheitsrelevanten Problemen der Globalisierung künftig frühzeitig militärisch zu begegnen. Ihm zufolge ist es die Aufgabe des US-Militärs, der „nichtintegrierten Lücke“, also den Staaten, die sich nicht in das Schema neoliberaler Globalisierung einpassen (lassen), zu verdeutlichen, dass die USA nicht gewillt sind, dies zu tolerieren: „Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich höhere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen entsenden werden. [...] Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen, oder eine Bedrohung zu beseitigen.“<sup>23</sup>

Dass sich der vom Pentagon mit der Umstrukturierung des US-Militärs beauftragte Chef des Office of Force Transformation, Arthur Cebrowski, maßgeblich auf Barnett bezieht,<sup>24</sup> belegt, dass dessen Bedrohungsanalyse direkt in die amerikanische Militärplanung einfließt: „Es gibt viele Nationen, die innerhalb der Globalisierung funktionieren. Das sind die Staaten, die die Regeln akzeptieren“, so Cebrowski. Und weiter, fast im Stil Barnetts: „Wer die Globalisierung bekämpft, wer die Regeln zurückweist [...] wird möglicherweise das Interesse des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf sich ziehen.“ Für ihn müsse das US-Militär künftig als „Systemadministrator“ der Globalisierung fungieren.<sup>25</sup> Die Aufgabe der USA sei es, so Barnett und Cebrowski in einem gemeinsamen Artikel, als „militärischer Leviathan“ den Regeln der Globalisierung, von ihnen auf die neoliberale Grundformel „Demokratie und freie Märkte“ reduziert, Geltung zu verschaffen.<sup>26</sup> Konsequenterweise sind amerikanische Soldaten für Cebrowski „Erzwinger“ (enforcer), die „die Normen internationalen Verhaltens durchsetzen.“<sup>27</sup>

Das Ziel, die von den USA oktroyierte neoliberale Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen und abzusichern, bestimmt demzufolge auch die gegenwärtige Transformation der US-Streitkräfte. Sie orientiert sich im Wesentlichen an dem Bedarf jederzeit, schnell und durchsetzungsfähig militärisch auf Krisen in der nichtintegrierten Lücke reagieren zu können. Zu diesem Zweck sollen künftig zahlreiche kleinere Militärbasen („lily pads“) auf der ganzen Welt – im Falle Afrikas ist derzeit von etwa sechs die Rede – eingerichtet werden. Diese Basen verfügen über eine geringe Besetzung aber ausreichend Kapazitäten für einen schnellen Ausbau im Bedarfsfall, weshalb sich hierfür Häfen

22 Jonathan Stevenson, *Africa's Growing Strategic Resonance*, in: „Survival“, 4/2003/2004, S. 153-172, S. 160.

23 Thomas P. M. Barnett, a.a.O., S. 557.

24 So gab Cebrowski an, die Umstrukturierung des US-Militärs basiere „primär auf der Arbeit meines Assistenten für strategische Zukunft, Dr. Tom Barnett.“ Arthur Cebrowski, *Speech to the Heritage Foundation*, 13.5.2003, [www.defensedaily.com/reports/cebrowski.pdf](http://www.defensedaily.com/reports/cebrowski.pdf), S. 1.

25 Ebd., S. 4.

26 Arthur Cebrowski und Thomas Barnett, *The American Way of War*, in: „Department of Defense: Trends in Transformation“, 13.1.2003, S. 2.

27 Mark Mazetti, *Pax Americana: Dispatched to distant outposts*, in: „U.S. News & World Report“, 6.10.2003.

und Flughäfen besonders eignen. Weiter kommt den neuen Informationstechnologien zur Verbesserung von schneller Verlegefähigkeit und „Waffenletalität“, sprich: Tödlichkeit, hohe Bedeutung zu.

Dadurch wandelt sich auch die bisherige Stationierungskonzeption der US-Streitkräfte: „Die strategische Funktion der Basen ändert sich damit fundamental. Sie besteht nicht mehr darin, das Gastland zu verteidigen, sondern die Standorte dienen als Sprungbrett für Militärinterventionen in Drittländern. [...] Die neuen Kasernen und die darin untergebrachten hochmobilen Kampfeinheiten sind der omnipräsente Ausdruck für die interventionistische Bush-Doktrin.“<sup>28</sup>

### *Hoffnung durch Handel?*

„Afrika liegt uns am Herzen, weil wir es als unsere moralische Pflicht betrachten, Hoffnung in Gegenden zu bringen, wo Verzweiflung herrscht.“<sup>29</sup> Wenn man es nicht besser wüsste, müsste die Aussage von US-Präsident George W. Bush aus dem vergangenen Jahr geradezu rührend anmuten. Wie jüngst sein deutscher Amtskollege Gerhard Schröder brachte er sein Interesse an Afrika durch eine Besuchsreise zum Ausdruck. Um zu suggerieren, dass den USA an einer ökonomischen Entwicklung Afrikas gelegen sei, wurden mehrere Initiativen angekündigt, die sich jedoch bei näherem Hinsehen allesamt als heiße Luft entpuppen. So beantragte Bush für sein groß angekündigtes AIDS-Bekämpfungsprogramm lediglich 450 Mio. US-Dollar statt der zugesagten drei Mrd. Zudem ist er sehr darum bemüht, sicherzustellen, dass dieses Geld primär zu Gunsten der amerikanischen Pharmakonzerne verwendet wird. Auch der African Growth and Opportunity Act (AGOA), ein US-Gesetz, das afrikanischen Ländern Zollvergünstigungen in Aussicht stellt und angeblich die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents fördern soll, ist höchst problematisch. Denn Washington koppelte diese Vergünstigungen an die Umsetzung neoliberaler Politik wie etwa die Privatisierung von Staatseigentum sowie die Abschaffung staatlicher Subventionen und fester Preise, was gerade die hungerleidende Bevölkerung besonders schwer trifft. Zudem ist das AGOA an politisches Wohlergehen und die Zustimmung zur amerikanischen Außenpolitik gekoppelt und sehr schnell kündbar, wie Südafrika angesichts seiner Kritik am Irakkrieg erfahren musste. Auch in anderen Bereichen, etwa bei genmanipulierten Nahrungsmitteln oder beim Patentschutz, werden primär die eigenen Konzerninteressen zu Lasten der afrikanischen Bevölkerung wahrgenommen. Besonders gravierend ist die Weigerung, eine der Hauptursachen für Afrikas Unterentwicklung zu beseitigen, nämlich die

28 Gerhard Piper, US-Kasernen auf Wanderschaft, in: „Antimilitarismus Information“ (ami), 7-8/2003, S. 47-56, S. 55f.; vgl. Kurt M. Campbell und Celeste Ward, New Battle Stations?, in: „Foreign Affairs“, No. 5/2003, S. 95-103. Afrika ist dabei nur ein Schauplatz dieser Transformation, die sich etwa auch in den Truppenverlagerungen von Deutschland nach Osteuropa, also in Richtung der potenziellen Einsatzgebiete im Kaukasus und in Zentralasien, zeigt.

29 Johannes Dieterich, a.a.O.



amerikanischen (und europäischen) Schutzzölle gerade in den Bereichen, in denen Afrika konkurrenzfähig wäre, etwa bei Agrar- und Textilprodukten.<sup>30</sup>

Von gerechtem Handel kann also keine Rede sein. Vielmehr führte diese neoliberale Einbahnstraßenpolitik in Verbindung mit dem erdrückenden Schuldendienst in den letzten Jahrzehnten zu einer massiven Verarmung Schwarzafrikas. Während sich die Wirtschaftsleistung von 1960 bis 1980 verdreifachte, ist seit der Einführung neoliberaler Vorgaben ein negatives Wachstum von 14 Prozent zu verzeichnen. Zieht man zusätzlich in Betracht, dass die Länder, die sich den Vorgaben der Bretton-Woods-Zwillinge widersetzen, mit Abstand die besten Entwicklungsfortschritte gemacht haben, mutet Washingtons Bekenntnis zum Neoliberalismus als angeblicher Hilfe zur Entwicklung grotesk an. Und das umso mehr, wenn man schließlich den engen Zusammenhang zwischen Armut und Krieg in Betracht zieht.<sup>31</sup>

### *Globalisierung und Krieg: zwei Seiten einer Medaille*

Selbst neuere Studien der Weltbank kommen zu dem Schluss, dass das Ausmaß von Armut der bei weitem einflussreichste Risikofaktor für die Eskalation von Konflikten in der dritten Welt darstellt.<sup>32</sup> Dennoch sind die Vereinigten Staaten nicht bereit, die neoliberalen Spielregeln der Globalisierung – die Ausbeutung der dritten Welt durch die Industriestaaten – zu ändern, und setzen stattdessen auf ihr Militär, um die Folgen dieser Entscheidung in Form eskalierender Konflikte zu bekämpfen. Hiermit wird nicht nur einem Großteil der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben versagt, sondern auch die Sicherheit der USA auf fahrlässigste Art und Weise aufs Spiel gesetzt. Die daraus resultierenden Konflikte gefährden die Sicherheit der amerikanischen Ölversorgung ebenso, wie sie das Scheitern von Staaten verursachen und hierdurch Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen schaffen.<sup>33</sup> Denn es ist „unbestreitbar, dass die Prediger von Hass und Fanatismus in Gesellschaften mit wachsender Verelendung, Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit einen fruchtbaren Nährboden finden – eine Einschätzung, die sogar der Bundesnachrichtendienst teilt.“<sup>34</sup>

Barnett und Cebrowski sehen dagegen in der Weigerung, den Spielregeln neoliberaler Globalisierung zu gehorchen, die Ursachen für das Scheitern von Staaten und das Anwachsen des Terrorismus. Mit dieser Bedrohungsanalyse, nebst den sicherheits- und militärpolitischen Schlussfolgerungen, werden Ursache und Wirkung auf perfide Art und Weise verdreht, wie gerade das Bei-

30 Salih Booker und Ann-Louise Colgan, Africa Policy Outlook 2004, FPIF Policy Report, 1/ 2004; Patrick Bond, George Bush's Petro-Military-Commerce Mission, FPIF, 21.7.2003; Nicole Itano, Bush Vision: A Trade-Driven Africa, in: „Christian Science Monitor“, 9.7.2003.

31 Harald Schumann, Die wahren Globalisierungsgegner oder: Die politische Ökonomie des Terrors, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 13-14/2003, S. 24-30.

32 World Bank, Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003. Vgl. Claudia Haydt u.a., Globalisierung und Krieg, Hamburg 2003, S. 7-25.

33 Vgl. für eine ausführliche Analyse zum Zusammenspiel von Neoliberalismus und gewaltsamen Konflikten in Afrika Michel Chossudovsky, Global Brutal, Frankfurt 2002, S. 107-167.

34 Schumann, a.a.O., S. 24.



spiel Afrika täglich beweist. Tragischerweise bezeugt Washington damit einmal mehr seine Unfähigkeit – genauer wohl: den Unwillen – Konfliktursachen durch ernsthafte Armutsbekämpfung zu begegnen. Es ist deshalb dringend notwendig, Barnetts Analyse vom Kopf auf die Füße zu stellen. Eine effektive Lösung globalisierungsbedingter Konflikte kann nur erreicht werden, wenn nicht militärisch Symptome bekämpft, sondern an den Ursachen angesetzt wird. Sechs Monate vor dem 11. September 2001 analysierte der kanadische Ökonom Robert Wade im „Economist“ die globale Lage: „Die Welt teilt sich zusehends in eine Zone des Friedens und eine Zone des Aufruhrs. So entsteht eine Menge von arbeitslosen und zornigen jungen Leuten, denen die neuen Informationstechnologien die Mittel verleihen, nicht nur die Stabilität der Gesellschaften zu bedrohen, in denen sie leben. Irgendwann werden sie auch die Stabilität der Staaten aus der Wohlstandszone erschüttern.“ Deshalb müsse endlich „die Verteilungsfrage auf die Weltagenda“ gesetzt werden.<sup>35</sup>

Europa muss sich entscheiden, ob es diesen Ansatz aufgreifen oder sich lieber an der militärischen Administration neoliberaler Globalisierung beteiligen will. Angesichts der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie drängt sich leider der Verdacht auf, dass Barnetts Weltbild auch von den Strategen diesseits des Atlantiks geteilt wird, nicht zuletzt von Robert Cooper, der rechten Hand von Javier Solana, dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.<sup>36</sup> Anscheinend muss sich auch in der EU erst noch die Erkenntnis durchsetzen, dass das Schließen der „Lücke“ Aufgabe der Entwicklungshilfe und nicht des Militärs sein sollte.

<sup>35</sup> Ebd., S. 30.

<sup>36</sup> Vgl. Jürgen Wagner, Partner oder Gegner?, IMI-Studie, 1/2004, Tübingen März 2004.

**www.blaetter.de**  
Die Insel im Internet.

